
Aussprache

Entscheidungssituation für die Sozialverfassung

(Zu GMH 3/88 „Das Ruhrgebiet“)

Die von der Redaktion der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ für das Gespräch über Lage und Perspektiven des Ruhrgebiets gewählte Überschrift „Im Ruhrgebiet entscheidet sich die Zukunft der Republik“ trifft den Sachverhalt, wenn man sie präzisiert: Im Ruhrgebiet entscheidet sich die Zukunft der sozialstaatlichen Realverfassung der Republik. In den einzelnen Beiträgen der Ausgabe 3/88 der GMH wird aber diese historische Schlüsselsituation m. E. nicht hinreichend deutlich. Der Aufsatz von Klaus Tenfelde bringt vorzügliche wirtschafts- und sozialhistorische Informationen; in den aktuellen Folgerungen, die er zumindest nahelegt, findet die nun auftretende neue Problemlage indessen keine Berücksichtigung. Ist „die schwierigste Zeit“ wirklich „überstanden“? Ist der nun im Ruhrgebiet anstehende weitere Strukturwandel „eher geringbedeutend“? Die jeweiligen „gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ eines strukturellen Wandels entscheiden doch nicht nur über die „Schmerzschwelle“ der Betroffenen, sondern sie bestimmen die Richtung, in die ein Strukturwandel in seinen sozialen Konsequenzen verläuft - es sei denn, gesellschaftspolitische Anstrengungen wirken hier kurskorrigierend ein.

Tenfelde weist zu Recht auf längst vollzogene Strukturverschiebungen in der Beschäftigung im Ruhrgebiet hin; in der Vergangenheit fügten sich aber diese Verlagerungen in der Struktur der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes auch im Ruhrgebiet in eine Gesamtentwicklung ein, die immer wieder Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftsbereichen hervorbrachte, in der also Beschäftigungskrisen konjunkturell bedingt oder als Umstellungsschwierigkeiten anzusehen waren.

Dies trifft für die jetzige Situation nicht mehr zu; es ist leider nicht anzunehmen, daß die jetzt laufende technologische Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen - bei ansonsten gleichbleibenden Bedingungen - durch eine Neuschaffung von Massen von Arbeitsplätzen in anderen Wirtschaftsbereichen oder Branchen ausgeglichen werden könnte. Wirtschaftswachstum oder Realisierung von Kapitalverwertungsinteresse und Beschäftigungseffekt lösen sich immer mehr voneinander ab.

Bei solchen gesamtwirtschaftlichen Tendenzen geraten Struktur- und Beschäftigungskrisen regionalen Zuschnitts, wie sie derzeit eben gerade auch im Ruhrgebiet auftreten, in eine ganz andere Konstellation, als dies zu den von Tenfelde untersuchten Zeiten der Fall war. Insofern verschränkt sich die „Krise im Ruhrgebiet“ derzeit mit einer Entscheidungssituation für die Sozialverfassung der Bundesrepublik insgesamt; gelingt es nicht, für die jetzt im Ruhrgebiet grassierenden Probleme arbeitsorientierte Lösungen durchzusetzen, so werden neue, für die Arbeitnehmerinteressen negative Lösungsmuster in Zukunft auch auf andere Regionen und deren Probleme durchschlagen.

Gerade das „Revier“ steht in seiner politikgeschichtlichen Entwicklung für ein spezifisches Profil der Lösung der „sozialen Frage“, das sich knapp auf diese Formel bringen läßt: Die kapitalistische Ökonomie wird „sozialstaatlich“ gebändigt, wobei „Sozialstaatlichkeit“ hier auch die verbürgte Gegenmachtposition der Gewerkschaften und ebenso die institutionalisierte Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in den Wirtschaftsunternehmen meint. Ein solches Entwicklungsprofil ist nicht nur im „Revier“ zu finden, es bestimmte die Gestaltung der sozialen Ordnung der Bundesrepublik in ihren Gründerzeiten insgesamt; aber das historische ökonomisch-politische Gewicht des

Ruhrgebiets gab den Ausschlag dafür, daß sich gesamtstaatlich das Muster eines „gebändigten Kapitalismus“ durchsetzen konnte, wobei in dieser Frage im Ruhrgebiet Konfliktfähigkeit der Arbeiter-„Basis“, Organisationsstärke der Gewerkschaften, wirtschaftsdemokratische Forderungen der Arbeiterbewegung und Sozialmoral des organisierten Arbeiterkatholizismus erfolgreich zusammenwirkten. Die informelle „große Koalition“ in Sachen Sozialstaat, in deren Mittelpunkt die Gewerkschaften standen und die parteipolitisch von der Sozialdemokratie bis ins Lager der Union reichte, hat in den Aufbaujahren der Bundesrepublik die Gestaltung der sozialen Ordnung geprägt; das Ruhrgebiet bot dieser Politik den stärksten Rückhalt.

Der „sozialstaatliche Konsens“ ist inzwischen nachhaltig und prinzipiell in Frage gestellt; auf der Grundlage veränderter Verwertungsbedingungen und hochentwickelter Technologie tritt die Tendenz auf, im Hinblick auf die Sozialverhältnisse zu frühkapitalistischen Mustern zurückzukehren. In der Auseinandersetzung mit dieser Tendenz hat das Ruhrgebiet einen besonderen politischen Stellenwert. In den Lösungsrichtungen der jetzigen „Krise des Reviers“ bildet sich exemplarisch die Entscheidung darüber heraus, was aus der sozialen Ordnung der Bundesrepublik insgesamt wird.

Prof. Dr. Arno Klönne,
Paderborn